

Stellungnahme des Integrationsrats Reutlingen zum Antrag der AfD zur Kündigung der Mitgliedschaft im Bündnis Sicherer Hafen

Am 13.12.2024 hat die AfD-Fraktion im Gemeinderat einen Antrag zur Kündigung der Mitgliedschaft im Bündnis Sicherer Hafen eingereicht. Als Begründung führt der Antragssteller u.a. die Zunahme der Kriminalität auf der Migration und die Notlage auf dem Wohnungsmarkt in Reutlingen aus.

Der Integrationsrat Reutlingen, in seiner Funktion als beratendes Gremium, begrüßt die Mitgliedschaft der Stadt Reutlingen im Bündnis Sicherer Hafen. Ein Bündnis, das geflüchtete Menschen willkommen heißt und ihnen ein Zuhause anbietet. Es ist human Menschen auf der Flucht zu helfen. Unter keinen Umständen sollte unsere Humanität auf der Strecke bleiben.

Nun zu den Gründen des Antragsstellers:

- Seit dem Beitritt der Stadt Reutlingen im Bündnis Sicherer Hafen hat Reutlingen lediglich einen Flüchtling, der über diesen Weg nach Deutschland gekommen ist, aufgenommen.
- Es ist nicht nachweisbar, dass die „Zunahme“ der Kriminalität auf die Migration über das Bündnis Sicherer Hafen zurückgeht. Die Statistiken zeigen keinen nennenswerten Anstieg der Kriminalität seit 2019. Kriminelle Fälle, die auf Nichtdeutsche zurückgehen haben zwar leicht zugenommen, liegen aber nahezu gleich mit denen, die von Deutschen ausgeübt wurden. Siehe dazu https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/PolizeilicheKriminalstatistik/2023/BundesdatenDelikte/03_MordTotschlagToetungAufVerlangenBRD.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- Die Problematik der Wohnungsnot in Reutlingen bezieht sich schon vor der großen Flüchtlingswelle im Jahr 2015. In mehreren Sitzungen von Fraktionen im Gemeinderat wurden bereits vor 2015 über diese Notlage diskutiert. 2004 wurde auf Anträge der CDU und SPD eine gemeinsame Wohnbauoffensive zwischen der Stadt Reutlingen und der GWG ins Leben gerufen. Dabei gilt es der Wohnungsnot entgegenzuwirken. Auch der Integrationsrat hat sich mit dieser Problematik beschäftigt und in seinen Sitzungen über die Notlage auf dem Wohnungsmarkt debattiert. Die Wohnungsnot ist ein Dauerthema in Reutlingen und Bundesweit. Sie existiert nicht erst mit der jüngsten Migrationswelle wie der Antrag der AfD suggeriert.

Die obigen Ausführungen zeigen, dass dem Antragsteller primär um Wahlkampf geht. Wir empfehlen daher die Verschiebung der Debatte über diesen Antrag nach den Bundestagswahlen. Sollte über den Antrag am 25.02.2025 debattiert werden, sehen wir einer Ablehnung mit Freude entgegen.

Zum Schluss appellieren wir zu einem Schulterschluss der Demokraten. Reale Probleme muss man gemeinsam angehen. Das ist auch im Sinne von Migrantinnen und Migranten, denn es gibt nicht nur Geflüchtete. Viele Probleme der Post-Migranten werden dadurch überlagert. Über das "wie" mag es verschiedene Ansichten geben, ein vernünftiger Konsens, der rechtlich umsetzbar ist, ist aber notwendig.